



NIEDERSÄCHSISCHER LANDTAG  
Abgeordnete Heidemarie Mundlos

Braunschweig, den 11.02.2012

Grothstraße 25  
38110 Braunschweig  
Telefon: 05307 / 91030  
Telefax: 05307 / 91031  
E-Mail: Mundlos@t-online.de

## Informationen aus Bezirk, Stadt und Land

zur Jahreshauptversammlung der Siedlergemeinschaft Wenden-Thune-Harxbüttel  
im Verband Wohneigentum Niedersachsen e.V. (VWE)

Liebe Siedlerfrauen und Siedlerfreunde,

seit Monaten scheint es im Bezirksrat vor allem ein Thema zu geben: Eckert&Ziegler  
Deshalb möchte ich etwas näher auf einige oft geäußerte Fragen und Sorgen eingehen.

**1. Kinder sind bei Strahlung besonders gefährdet. Ist dies in Grenzwerten berücksichtigt?**  
Das Bundesamt für Strahlenschutz sagt: **Bei der Festlegung von Richt- oder Grenzwerten werden Sicherheitsfaktoren angewendet (z. B. 10), um auch für die jeweils empfindlichste Altersgruppe individuelle Unterschiede ausreichend zu berücksichtigen.** Beim Schutz von Kindern vor radioaktiver Strahlung werden **altersspezifische Lebensgewohnheiten** und die **altersspezifischen Besonderheiten bei Körperbau und Stoffwechselfvorgängen** berücksichtigt (Quelle: [www.bfs.de/de/bfs/publikationen/broschueren/strahlenschutz/kinder\\_kinder.pdf](http://www.bfs.de/de/bfs/publikationen/broschueren/strahlenschutz/kinder_kinder.pdf))

**2. Sind die Grenzwerte nicht insgesamt zu hoch und müssen gesenkt werden?**

Die Festlegung von Grenzwerten orientiert sich vor allem an der Schwankungsbreite der **natürlichen Radioaktivität**, die für den einzelnen Menschen in Deutschland im Mittel bei 2,1 Millisievert (mSv) liegt und im Einzelfall **zwischen 1 bis 10 mSv**. Bis heute gibt es keinerlei Hinweise, dass in Gegenden mit erhöhtem natürlichen Strahlungshintergrund Krankheiten wie Krebs überdurchschnittlich auftreten. Sonst müssten der Schwarzwald, das Erzgebirge, Teile der Alpen oder z.B. weite Landesteile Norwegens evakuiert werden – absurd!  
Über die Festlegung von Grenzwerten und ggf. ihre Anpassung gemäß neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen wacht z.B. ständig die **Strahlenschutzkommission des Bundes (SSK)**. So wurden in der letzten Strahlenschutzverordnung (2001) viele Grenzwerte angepasst (gesenkt, aber auch angehoben). Zusätzlich gilt das **Minimierungsgebot**: Belastungen sind so niedrig zu halten, wie es vernünftigerweise erreichbar ist. Dieses Gebot zwingt ggf. zu technischen Veränderungen und Umbauten, auch wenn die Grenzwerte deutlich unterschritten werden.

**3. Haben wir in Thune mehr Krebsfälle als im Durchschnitt?**

Dieser Verdacht wurde immer mal wieder geäußert und ich bin ihm schon vor über 10 Jahren nachgegangen. Nun hat es neue, noch intensivere Untersuchungen durch das Niedersächsische Landesgesundheitsamt (Frau Dr. Bruns-Philipps) gegeben:

- Im Zeitraum von 2001 bis 2010 liegt die Anzahl der Todesfälle mit Krebs in Thune-Süd unter dem Durchschnitt. Auch im Bezirk insgesamt ist diese Anzahl **nicht erhöht**.
- Das Kinderkrebsregister in Mainz registrierte zwischen 2001 und 2010 auch bei Kinderkrebs im Postleitzahlbereich 38110 Erkrankungszahlen **unterhalb des Erwartungswertes**.
- Eine Erhebung der Krebs-Neuerkrankungen 2001 – 2010 ist noch nicht abgeschlossen.

Ergänzend sei mitgeteilt, dass das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) bei einer Untersuchung der 692 zwischen 1967 und 2008 in der Asse Beschäftigten gerade **keine erhöhte Krebsgefahr** festgestellt hat. (Die individuelle Belastung lag dabei zwischen 12 und 115 Millisievert.)

#### 4. Sollen in Thune Atommüll und Lauge aus der Asse verarbeitet werden?

Nein! Ich habe dies bereits im Juni 2011 in Abstimmung mit der Stadt, der Landesregierung und dem Umweltministerium der Presse gegenüber eindeutig erklärt - einige haben das geflissentlich überhört. Am 6.9.2011 wurde das deshalb nochmals in einem Bezirksratsbeschluss festgehalten. In diesem Beschluss heißt es aber auch: **„Wir unterstützen hingegen Maßnahmen, die zur Lösung der Asse-Problematik beitragen, soweit diese keine zusätzlichen Umwelt- oder Gesundheitsgefahren in unserem Bezirk hervorrufen.“**

Deshalb bin ich empört, dass der Präsident des Bundesamtes für Strahlenschutz (BfS) Wolfram König uns mangelnde Solidarität vorwirft. Sein Fachbereichsleiter Dr. Siemann hat sich doch in Thune Ende Juni 2011 geradezu als „Retter Braunschweigs“ aufgespielt, weil das BfS den Transport einer Laugenprobe im Mai 2011 nach Thune verhindert habe, und sogar abfällig erklärt, das BfS habe keine Geschäftsbeziehungen zu „dieser Firma“ und strebe sie auch nicht an. Das ist ein falsches, ein doppeltes Spiel!

Klare Ansage von mir: Gegen den (inzwischen erfolgreich abgeschlossenen) Labortest mit Asse-Lauge bei Eckert&Ziegler hatte ich nie etwas, wohl aber gegen ein völlig unsinniges Herumfahren von 80.000 Litern Lauge durch das Braunschweiger Land und Wohngebiete. Was kann man davon halten, wenn das BfS behauptet, im Asse-Bergwerk gäbe es keine 20 Quadratmeter Platz für eine Aufbereitung, wie sie von mir unter Tage gefordert wird? Und wenn eine Thuner Firma die Kompetenz hat, diese Aufarbeitung durchzuführen, dann ist das aus meiner Sicht ein Grund, als Braunschweiger darauf stolz zu sein, dass „unsere“ Leute helfen, das Asse-Problem zu lösen. Und das ist Solidarität!

#### 5. Miteinander oder gegeneinander?

Seit der Ansiedlung der Firmenruppe „Buchler“, so will ich sie der Einfachheit halber mal nennen, vor rund 40 Jahren gibt es eine gute Nachbarschaft der Firmen und Anwohner. Seit rund 9 Monaten scheint sich das zu ändern: Ein Riß geht durch Thune und unseren gesamten Bezirk. Da werden Ängste und Sorgen geäußert, die man respektieren muss und denen man nachzugehen hat. Da werden aber auch Ängste geschürt und Andersdenkende verunglimpft.

Klare Ansage von mir: Da ist Schluss für mich! Ich möchte, dass wir auch in Zukunft gute Nachbarn bleiben, dass in unserem Bezirk das friedliche **Miteinander** dominiert und nicht die bedingungslose Konfrontation von „Aktivisten“, wie sie sich selbst nennen.

Wer behauptet, dass die Grundstücke wertlos werden könnten, wenn es zu einem „Strahlenunfall“ kommt, wer Thune mit Fukushima vergleicht, um Angst und Schrecken der Menschen zu instrumentalisieren, ist für mich kein seriöser Gesprächspartner. Ein Bürger hat es in einem Brief an den Bezirksrat so ausgedrückt: **„Wer in der Öffentlichkeit als Inhaber eines öffentlichen Amtes solche unqualifizierten Vergleiche anstellt, schürt damit genau jene Ängste, die ein vernünftiges Urteilen verhindern, jenes vernünftige Urteilen, auf das eine moderne Gesellschaft angewiesen ist wie auf die Luft zum Atmen.“**

Dem ist nichts hinzuzufügen außer der Anmerkung, dass es in unserem Bezirk eine Fülle kommunalpolitischer Themen gibt, um die wir uns kümmern müssen, sei es die Verkehrssituation auf der Hauptstraße, das Wohnen im Alter, das „vergessene“ Baugebiet Wenden-West, die hausärztliche Versorgung oder die Zukunft unserer Feuerwehren, Kirchen, Vereine ... Diesseits von Fukushima, Asse, Schacht Konrad oder Gorleben gibt es auch noch ein **Leben im Bezirk Wenden-Thune-Harxbüttel**. Dies zu gestalten und zu pflegen ist unsere Aufgabe!

Es grüßt Sie herzlich

